

**SIAK-Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis**



Steinmayr, Andreas

## **Registerdaten für bessere Entscheidungen. Neue Wege für eine evidenzbasierte Sicherheits-, Migrations- und Integrationspolitik**

SIAK-Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis (2/2025), 4-12.

doi: 10.7396/2025\_2\_A

*Um auf diesen Artikel als Quelle zu verweisen, verwenden Sie bitte folgende Angaben:*

Steinmayr, Andreas (2025). Registerdaten für bessere Entscheidungen. Neue Wege für eine evidenzbasierte Sicherheits-, Migrations- und Integrationspolitik, SIAK-Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis (2), 4-12, Online: [https://dx.doi.org/10.7396/2025\\_2\\_A](https://dx.doi.org/10.7396/2025_2_A).

© Bundesministerium für Inneres – Sicherheitsakademie / Verlag Österreich, 2025

Hinweis: Die gedruckte Ausgabe des Artikels ist in der Print-Version des SIAK-Journals im Verlag Österreich (<https://www.verlagoesterreich.at/>) erschienen.

Online publiziert: 7/2025

# Registerdaten für bessere Entscheidungen

## Neue Wege für eine evidenzbasierte Sicherheits-, Migrations- und Integrationspolitik



**ANDREAS STEINMAYR,**  
*Professor für Empirische  
Wirtschaftsforschung an der  
Universität Innsbruck.*

Migrations- und sicherheitspolitische Maßnahmen haben weitreichende gesellschaftliche Konsequenzen. Moderne empirische Methoden in Verbindung mit verknüpften Registerdaten ermöglichen es, die Wirkung solcher Maßnahmen präzise zu analysieren. Dieser Artikel stellt drei internationale Studien vor, die das Potenzial dieser Ansätze verdeutlichen. Eine dänische Untersuchung zeigt, wie Sozialhilfekürzungen für Geflüchtete die Arbeitsmarktintegration beeinflussen und welche unbeabsichtigten Folgen für Armut und Kriminalität entstehen. Eine britische Studie untersucht, ob Verhaftungen bei häuslicher Gewalt abschreckend wirken oder zu Vergeltungsmaßnahmen führen. Eine norwegische Analyse beleuchtet die Auswirkungen von Inhaftierungen auf Rückfälligkeit und Beschäftigung. Alle drei Studien nutzen moderne kausale Identifikationsmethoden und verknüpfte Registerdaten, um Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge zu identifizieren. Sie demonstrieren, wie evidenzbasierte Forschung migrations- und sicherheitspolitische Entscheidungen gezielt unterstützen kann.

### EINFÜHRUNG

Die Gestaltung migrations- und sicherheitspolitischer Maßnahmen zählt zu den komplexen Herausforderungen moderner Gesellschaften. Politische Entscheidungen in diesen Bereichen haben weitreichende Konsequenzen für soziale Integration, individuelle Sicherheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Um diesen Anforderungen gerecht zu werden, ist eine evidenzbasierte Politikgestaltung unerlässlich. Österreich verfügt über umfangreiche Registerdaten, die eine solide Grundlage für empirische Forschung bilden könnten. Dennoch bleiben die Potenziale dieser Daten, insbesondere im Bereich der Kausalforschung, die die Wirkung politischer Maßnahmen präzise messbar machen könnte, weitgehend ungenutzt.

Mit dem novellierten Forschungsorganisationsgesetz (FOG) hat Österreich in den vergangenen Jahren erste Schritte gesetzt, um die Nutzung von administrativen Daten für wissenschaftliche Zwecke zu erleichtern. Doch trotz dieser Fortschritte bleiben wesentliche Lücken bestehen: Daten aus dem Migrations- und Sicherheitsbereich, etwa zu Aufenthaltstiteln, Kriminalität oder polizeilichen Maßnahmen, sind bislang kaum für die Forschung nutzbar, obwohl sie eine Schlüsselrolle in der evidenzbasierten Forschung zur Migrations- und Sicherheitspolitik spielen könnten. Eine Verknüpfung dieser Daten mit weiteren administrativen Quellen, etwa aus dem Arbeitsmarkt- oder Sozialbereich, würde zudem eine fundierte Untersuchung der Wechselwirkungen zwischen Migration,

Sozialpolitik und innerer Sicherheit ermöglichen.

Internationale Beispiele zeigen, welches Potenzial freigesetzt werden kann, wenn solche Daten für Forschungszwecke verwendet werden können. In Ländern wie Dänemark, Norwegen oder Großbritannien wird bereits erfolgreich demonstriert, wie empirische Methoden zur Identifikation von kausalen Zusammenhängen in Verbindung mit verknüpften Registerdaten dazu beitragen, migrations- und sicherheitspolitische Maßnahmen systematisch zu evaluieren. So können etwa die Effekte von Sozialhilfereformen auf die Integration Geflüchteter, die Wirksamkeit von Strafvollzugsmaßnahmen auf Rückfälligkeit oder die Rolle polizeilicher Interventionen bei häuslicher Gewalt präzise untersucht werden.

Dieser Artikel zeigt die Potenziale der Verknüpfung von Registerdaten im Kontext von Migrations- und Sicherheitsthemen auf. Anhand von drei internationalen Studien wird veranschaulicht, wie solche Ansätze dazu beitragen können, die Wirksamkeit von Maßnahmen zu evaluieren. Diese Beispiele verdeutlichen, dass ein Paradigmenwechsel hin zu einer stärker evidenzbasierten Politikgestaltung nicht nur möglich, sondern auch wünschenswert ist, um aktuellen Herausforderungen in den Bereichen Migration und innere Sicherheit wirksam zu begegnen.

### **DIE AUSWIRKUNGEN VON SOZIALHILFEKÜRZUNGEN AUF GEFLÜCHTETE: ARBEITSMARKTINTEGRATION, ARMUT UND KRIMINALITÄT**

Die Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt und die Gesellschaft stellt eine große Herausforderung für viele Länder dar. Die Studie von Dustmann u.a. (vgl. Dustmann et al. 2024) analysiert, welche Auswirkungen eine Kürzung von

Sozialhilfeleistungen auf die Arbeitsmarktintegration, das Armutsrisiko und die Kriminalitätsrate von Geflüchteten hat.

Im Fokus steht die dänische Start Aid Reform von 2002, die die Sozialhilfe für anerkannte Geflüchtete um rund 40 % reduzierte. Ziel der Reform war es, die Arbeitsanreize zu erhöhen und die wirtschaftliche Eigenständigkeit der Betroffenen zu fördern.

Die Studie untersucht folgende zentrale Fragen:

1. Führt die Reduktion der Sozialhilfe zu einer stärkeren Arbeitsmarktintegration?
2. Welche Auswirkungen hat die Reform auf das Einkommen und das Armutsrisiko von Geflüchteten?
3. Hat die Reform weitere unbeabsichtigte Konsequenzen, etwa eine Zunahme der Kriminalität?

### **Verwendete Daten und Methodik**

Die Studie stützt sich auf verknüpfte Registerdaten aus Dänemark, die eine detaillierte Analyse der Lebensverläufe von Geflüchteten im Zusammenhang mit der Start Aid Reform ermöglichen. Die Daten umfassen demografische Informationen wie Alter, Geschlecht, Herkunftsland und Familienzusammensetzung der Geflüchteten. Diese Angaben erlauben eine differenzierte Charakterisierung der analysierten Gruppen und ermöglichen insbesondere die Untersuchung heterogener Effekte nach verschiedenen sozioökonomischen Merkmalen.

Neben demografischen Daten enthalten die Register Informationen zum Bezug von Sozialleistungen, einschließlich der Art und Höhe der erhaltenen Transfers. Diese umfassen sowohl die gekürzten Sozialhilfebeträge im Rahmen der Start Aid Reform als auch ergänzende Leistungen wie Arbeitslosengeld oder Familienbeihilfen. Ergänzt werden diese Informationen durch Einkommensdaten aus den

Sozialversicherungsregistern, die sowohl Brutto- als auch Nettoeinkommen erfassen und eine präzise Analyse der finanziellen Situation der Geflüchteten ermöglichen.

Ein weiterer Bestandteil sind die Kriminalitätsdaten, die Strafanzeigen, Verurteilungen sowie die Art der Straftaten dokumentieren. Diese Daten ermöglichen es, Verhaltensänderungen im Bereich der Kriminalität zu analysieren. Zusätzlich verwendet werden regionale Informationen zu den Kommunen, in denen die Geflüchteten angesiedelt wurden, wodurch sich regionale Unterschiede in den Auswirkungen der Reform untersuchen lassen.

Die Studie nutzt ein Regression Discontinuity Design (RDD), um die Auswirkungen der Start Aid Reform auf die Arbeitsmarktintegration, die Armutsquote und die Kriminalitätsrate von Geflüchteten kausal zu identifizieren. Dieser Ansatz eignet sich besonders für die Untersuchung dieser Reform, da er eine scharfe Zuweisungsgrenze nutzt: Die Reform trat am 01.07.2002 in Kraft. Geflüchtete, die vor diesem Datum nach Dänemark einreisten, erhielten die regulären Sozialhilfeleistungen, während diejenigen, die nach diesem Datum ankamen, den deutlich reduzierten Leistungen der Start Aid Reform unterlagen. Diese scharfe Zuweisungsgrenze (Discontinuity)

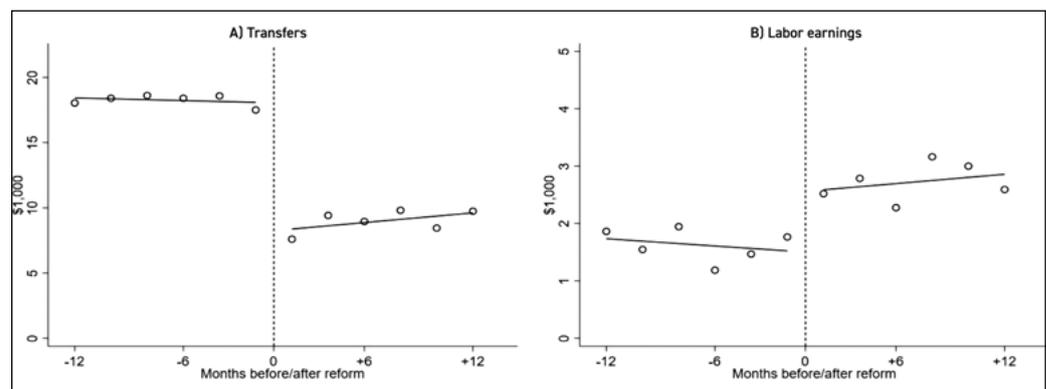
erlaubt es, die Reformeffekte zu isolieren, indem Geflüchtete verglichen werden, die knapp vor und knapp nach dem Stichtag ankamen. Da sich diese beiden Gruppen in ihren Eigenschaften – etwa hinsichtlich Bildung, Qualifikation oder Fluchtgründen – kaum unterscheiden, können beobachtete Unterschiede in den Ergebnissen kausal auf die Reform zurückgeführt werden.

**Ergebnisse der Untersuchung**

Abbildung 1 zeigt die Auswirkungen der Start Aid Reform auf Transferleistungen und Arbeitseinkommen von Geflüchteten. Geflüchtete, die vor dem Stichtag im Juli 2002 nach Dänemark kamen und somit noch dem alten System unterlagen, erhielten durchschnittlich etwa 17.000,- USD an jährlichen Transferleistungen, während jene, die nach der Reform einreisten und den neuen, gekürzten Sozialleistungen unterlagen, nur rund 9.000,- USD erhielten (Panel A).

Panel B zeigt, dass das Arbeitseinkommen der Geflüchteten im ersten Jahr nach der Ankunft in Dänemark im Durchschnitt durch die Reform um etwa 1.000,- USD anstieg. Dies deutet darauf hin, dass die Kürzung der Transferleistungen kurzfristig zu einer verstärkten Arbeitsmarktpartizipation führte, es jedoch insgesamt zu deutlichen Einkommensverlusten kam.

Quelle: Dustmann et al. 2023



**Abb. 1: Transfers und Arbeitseinkommen von Geflüchteten ein Jahr nach Ankunft in Dänemark. Hinweis: Die Abbildung zeigt das individuelle Transfer-Einkommen (A) und das Arbeitseinkommen (B) in zweimonatlichen Intervallen basierend auf dem Zeitpunkt des Zuzugs nach Dänemark. Die gestrichelte vertikale Linie markiert den Zeitpunkt der Reform im Juli 2002.**

Zusammengefasst zeigt die Studie ein differenziertes Bild der Effekte der Reform:

1. Arbeitsmarktintegration: Die Kürzung der Sozialhilfe führte kurzfristig zu einem signifikanten Anstieg der Beschäftigungsrate von Geflüchteten. Innerhalb des ersten Jahres nach der Reform verdoppelte sich die Beschäftigungsquote von etwa 10% auf 20%, was vor allem auf eine Zunahme der Beschäftigung in Hilfsarbeitstätigkeiten zurückzuführen war. Die Reform hatte aber auch den Effekt, dass mehr Frauen komplett aus dem Arbeitsmarkt ausgeschieden, da sie keinen Anspruch auf Transferleistungen mehr hatten, sobald ihr Ehemann eine Beschäftigung aufnahm.
2. Armut und Kriminalitätsentwicklung: Trotz der gestiegenen Beschäftigungsquote reichten die zusätzlichen Erwerbseinkommen nicht aus, um den Verlust der Sozialhilfe vollständig zu kompensieren, und die Reform führte zu einem starken Anstieg der Armutsquote. Sie hatte unbeabsichtigte negative Folgen für die Kriminalitätsrate. Insbesondere stieg die sogenannte Subsistenzkriminalität (z.B. Ladendiebstahl) deutlich an. Dieser Anstieg war besonders stark bei Frauen, die oft in einer prekären finanziellen Lage waren.

### **WIE POLIZEILICHE MASSNAHMEN HÄUSLICHE GEWALT BEEINFLUSSEN: VERHAFTUNGEN UND RÜCKFÄLLIGKEIT**

Häusliche Gewalt stellt eine ernste gesellschaftliche Herausforderung dar, die oftmals wiederholt auftritt. Die Studie von Amaral u.a. (vgl. Amaral et al. 2023) analysiert, wie die Entscheidung von Polizeikräften, bei häuslicher Gewalt Verhaftungen vorzunehmen, das Risiko zukünftiger Gewalt beeinflusst. Sie geht der

Frage nach, ob Verhaftungen eine präventive Wirkung entfalten oder ob sie das Risiko von Vergeltungsmaßnahmen durch die Täterinnen und Täter erhöhen. Da die Täter überwiegend Männer und die Opfer überwiegend Frauen sind, wird im Folgenden nur von Tätern gesprochen.

Die Studie untersucht Einsätze der Polizei im West Midlands County (England, GB) über einen Zeitraum von zehn Jahren. Hierbei wurden über 124.000 Notrufe im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt ausgewertet. In der wissenschaftlichen und politischen Debatte über Verhaftungen gibt es zwei gegensätzliche Ansätze: Zum einen wird argumentiert, dass Verhaftungen abschreckend wirken, da sie klare rechtliche Konsequenzen signalisieren und Täter von zukünftiger Gewalt abhalten können. Zum anderen wird befürchtet, dass Verhaftungen die Gewalt verschärfen könnten, da sie zu Vergeltungsmaßnahmen durch die Täter führen. Ziel der Studie war es, diese Hypothesen empirisch zu überprüfen und die Effekte polizeilicher Maßnahmen differenziert darzustellen.

### **Verwendete Daten und Methodik**

Die Studie nutzt umfangreiche administrative Daten, um die Auswirkungen polizeilicher Maßnahmen bei häuslicher Gewalt zu analysieren. Die Hauptdatenquelle sind Einsatzberichte der Polizei im West Midlands County, die detaillierte Informationen zu über 124.000 Notrufen wegen häuslicher Gewalt zwischen 2010 und 2019 enthalten. Diese Berichte dokumentieren die Art des Vorfalls, den Zeitpunkt und Ort, die Beteiligten (z.B. Täter und Opfer) sowie die getroffenen Maßnahmen der Polizei, wie Verhaftungen oder Verwarnungen.

Neben den Einsatzdaten beinhalten die Daten auch geokodierte Informationen, die es ermöglichen, wiederholte Vorfälle an derselben Adresse zu identifizieren.

Dies ist entscheidend, um die Rückfallwahrscheinlichkeit und die Häufigkeit erneuter Vorfälle im Zeitverlauf zu messen. Ergänzt werden diese Informationen durch Daten zu polizeilichen Entscheidungen, insbesondere zur Verhaftungsneigung der Polizeikräfte. Diese Angaben basieren auf aggregierten Statistiken zu den Einsätzen einzelner Polizistinnen und Polizisten und zeigen, wie oft Verhaftungen im Verhältnis zur Gesamtzahl der bearbeiteten Fälle vorgenommen wurden.

Darüber hinaus wurden die Einsatzdaten mit weiteren administrativen Daten verknüpft, die Informationen zu den rechtlichen Konsequenzen der polizeilichen Maßnahmen enthalten, wie etwa Anklagen und Gerichtsentscheidungen. Diese Verknüpfung erlaubt es, den gesamten Prozess von der ersten Polizeimaßnahme bis zu einer möglichen Verurteilung

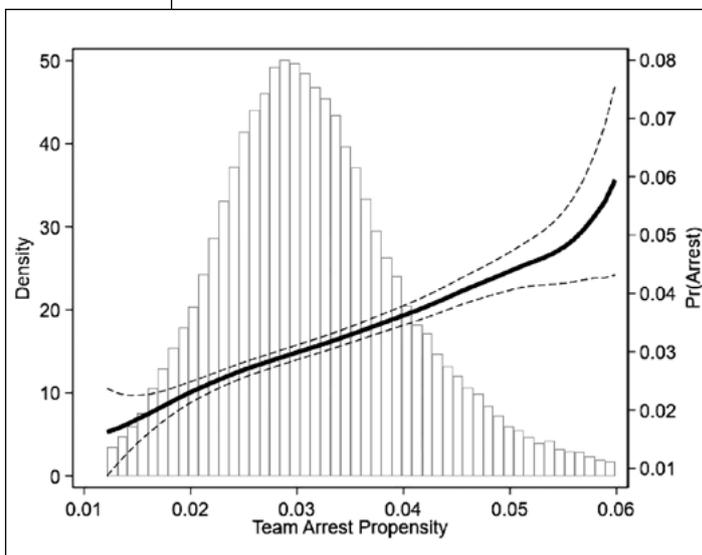
nachzuvollziehen. Die Langfristigkeit der Daten ermöglicht eine Nachverfolgung über mehrere Jahre hinweg, sodass sowohl kurzfristige als auch langfristige Effekte der polizeilichen Maßnahmen untersucht werden können.

Um kausale Zusammenhänge zu analysieren, muss vermieden werden, dass die Ergebnisse durch Unterschiede in den Fällen oder den Tätern verzerrt werden. Beispielsweise könnte die Schwere eines Vorfalls die Wahrscheinlichkeit einer Verhaftung beeinflussen und gleichzeitig das Rückfallrisiko erhöhen, was die direkte Wirkung der Verhaftung schwer messbar machen würde. Die Autoren der Studie nutzen daher die Verhaftungsneigung der Polizistinnen und Polizisten als Grundlage für ihre Identifikationsstrategie.

In England werden Notrufe zu häuslicher Gewalt häufig nach dem Zufallsprinzip an verfügbare Polizeikräfte zugewiesen. Polizeikräfte unterscheiden sich jedoch darin, wie häufig sie Täter in vergleichbaren Situationen verhaften. Manche Polizistinnen und Polizisten neigen dazu, schneller eine Verhaftung vorzunehmen, während andere lieber auf alternative Maßnahmen setzen, wie etwa eine Verwarnung oder das Einleiten eines Gesprächs. Diese Unterschiede spiegeln persönliche Präferenzen oder polizeiliche Strategien wider, die nicht direkt mit den spezifischen Eigenschaften eines konkreten Falls zusammenhängen.

Die Forscher verwenden die Verhaftungsneigung der Polizistinnen und Polizisten – also den Anteil der Einsätze, bei denen eine Verhaftung vorgenommen wird – als ein sogenanntes „Instrument“ für die Verhaftungsentscheidung. Dies bedeutet, dass Fälle, die zufällig von Polizeiteams mit hoher Verhaftungsneigung bearbeitet werden, eher zu einer Verhaftung führen, unabhängig von den Merkmalen des Täters oder der Schwere des Vorfalls. Abbildung 2 zeigt diese unterschiedliche Ver-

Quelle: Amaral et al. 2023



**Abb. 2: Verhaftungsneigung von Einsatzkräften und Wahrscheinlichkeit einer Verhaftung.** Die Abbildung zeigt den Zusammenhang zwischen der generellen Verhaftungsneigung eines Polizeiteams und der Wahrscheinlichkeit, dass es in einem neuen Fall eine Festnahme durchführt. Teams, die in der Vergangenheit häufiger Verhaftungen vorgenommen haben, tun dies auch in neuen Einsätzen mit höherer Wahrscheinlichkeit. Die durchgezogene Linie zeigt diesen Zusammenhang. Das darunterliegende Balkendiagramm veranschaulicht, wie viele Teams eine bestimmte Verhaftungsneigung haben.

haftungsneigung. Manche Polizeiteams sind bei Verhaftungen zurückhaltend und es kommt nur in etwa 2 % der Einsätze wegen häuslicher Gewalt zu einer Verhaftung. Es gibt aber auch Teams, die in 5 oder mehr Prozent der Einsätze eine Verhaftung vornehmen. Wenn nun ein Team mit einer hohen Verhaftungsneigung zu einem Einsatz gerufen wird, so ist auch die Wahrscheinlichkeit höher, dass dieses Team wieder eine Verhaftung durchführt.

Durch den Vergleich von Fällen, die von Polizistinnen und Polizisten mit unterschiedlicher Verhaftungsneigung bearbeitet wurden, können die Forscherinnen und Forscher ähnliche Fälle vergleichen, die in einem Fall zu einer Verhaftung führten und in einem anderen Fall nicht. So lässt sich der kausale Effekt der Verhaftung auf das Rückfallrisiko isolieren.

### Ergebnisse

Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass Verhaftungen eine deutliche präventive Wirkung entfalten können. Innerhalb eines Jahres nach einer Verhaftung sank die Wahrscheinlichkeit eines weiteren Notrufs wegen häuslicher Gewalt um 51 %. Besonders in den ersten 48 Stunden nach einem Polizeieinsatz zeigte sich eine signifikante Wirkung: Verhaftungen verhinderten nahezu vollständig weitere Vorfälle während dieser kritischen Phase, die häufig von hoher Eskalationsgefahr geprägt ist.

Langfristig trugen Verhaftungen ebenfalls zur Reduktion häuslicher Gewalt bei. Täter, die verhaftet wurden, hatten eine deutlich höhere Wahrscheinlichkeit, formell angeklagt zu werden. Die Anklagerate stieg durch Verhaftungen um das Fünffache. Die Autorinnen und Autoren deuten diesen Zusammenhang als Hinweis auf eine abschreckende Wirkung strafrechtlicher Konsequenzen. Ein direkter empirischer Nachweis dieses Abschreckungseffekts erfolgt in der Studie aber nicht. Entgegen der

Befürchtung, dass Verhaftungen zu Vergeltungsmaßnahmen führen könnten, zeigte die Studie keine Hinweise auf eine Zunahme schwererer Gewalt oder ein vermindertes Meldeverhalten seitens der Opfer.

### WIE INHAFTIERUNG RÜCKFÄLLIGKEIT UND ARBEITSMARKT-INTEGRATION BEEINFLUSST

Die Rückfälligkeit von Straftäterinnen und -tätern und deren Integration in den Arbeitsmarkt sind zentrale Herausforderungen der Straf- und Sozialpolitik. Während Inhaftierung oft als Mittel zur Abschreckung und Rehabilitation gesehen wird, gibt es auch Bedenken, dass Freiheitsstrafen soziale Bindungen schwächen und die Wiedereingliederung in die Gesellschaft erschweren könnten. Die Studie von Bhuller u.a. (vgl. Bhuller et al. 2020) untersucht, wie sich Inhaftierungen auf die Rückfälligkeit und die Beschäftigung von Straftäterinnen und -tätern in Norwegen, einem Land mit einem Strafvollzugssystem, das stark auf Rehabilitation setzt, auswirken und bietet eine differenzierte Betrachtung der langfristigen Folgen des Strafvollzugs.

Im Fokus der Studie stehen drei zentrale Fragen:

1. Führt eine Inhaftierung tatsächlich zu einer geringeren Rückfallquote, wie es oft als Ziel des Strafvollzugs formuliert wird?
2. Welche langfristigen Konsequenzen hat die Inhaftierung für die berufliche Integration von Straftäterinnen und -tätern?
3. Und welche Unterschiede zeigen sich in den Auswirkungen je nach sozialer oder beruflicher Ausgangssituation der Betroffenen?

### Verwendete Daten und Methodik

Die Studie basiert auf einer Kombination aus umfassenden administrativen Registerdaten, die eine präzise Analyse der

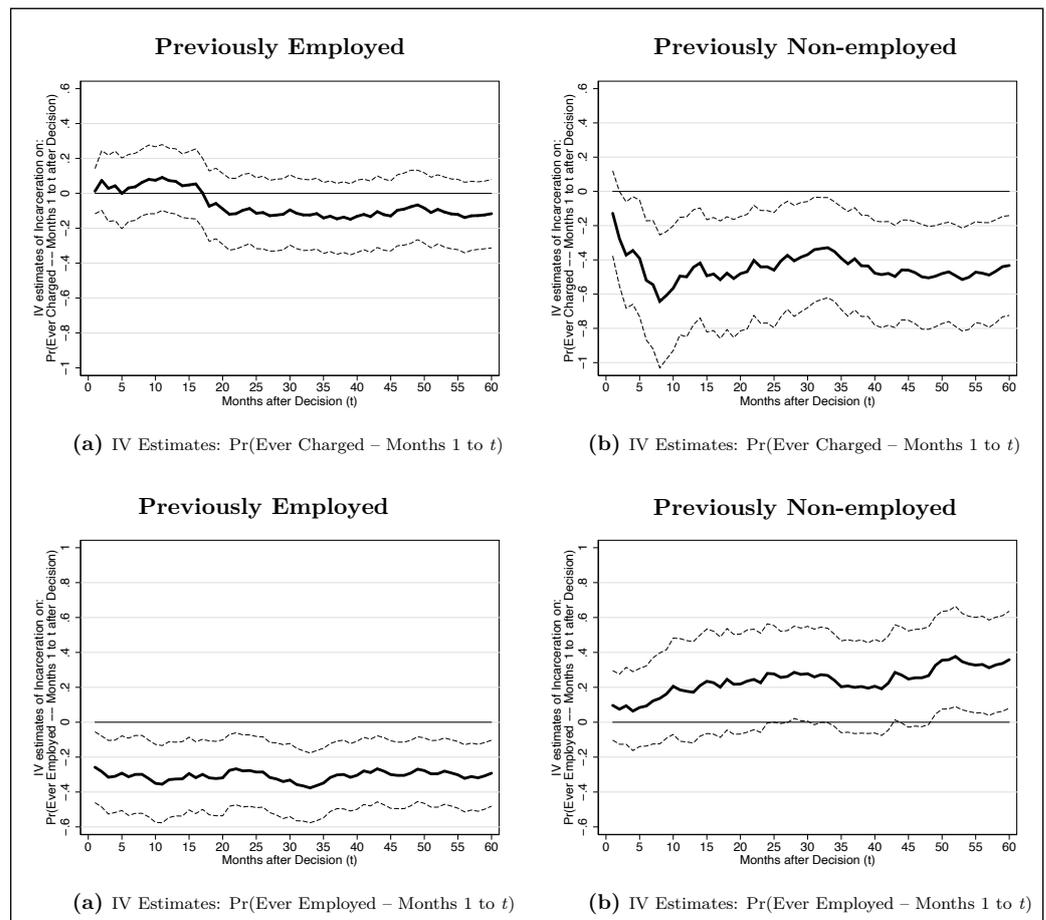
Auswirkungen von Inhaftierungen auf Rückfälligkeit und Beschäftigung ermöglichen. Die Daten stammen aus verschiedenen offiziellen Registern und decken die wichtigsten Bereiche des Lebensverlaufs der Straftäterinnen und -täter ab.

Die Hauptdatenquelle ist das Strafregister, das detaillierte Informationen zu allen Straftaten und Verurteilungen in Norwegen enthält. Es dokumentiert die Art der Straftat (z.B. Eigentums-, Gewalt- oder Drogendelikte), das Datum der Tat, das Strafmaß sowie Informationen über mögliche Wiederholungstaten. Dieses Register erlaubt es, das kriminelle Verhalten der Straftä-

rinnen und -täter sowohl vor als auch nach einer Haftstrafe umfassend zu analysieren.

Diese Informationen wurden mit Arbeitsmarktdaten aus den norwegischen Sozialversicherungsregistern verknüpft. Diese Daten enthalten Angaben zum Beschäftigungsstatus, zum Einkommen sowie zu Beiträgen ins Sozialversicherungssystem. Dadurch kann die berufliche Integration der Straftäterinnen und -täter vor und nach einer Inhaftierung untersucht werden. Insbesondere die Daten zu Einkommen und Arbeitsverhältnissen ermöglichen eine detaillierte Analyse der Stabilität und Qualität der Beschäftigungsverhältnisse.

Quelle: Bhuller et al. 2020



**Abb. 3: Effekt einer Inhaftierung auf die Rückfallquote (oben) und Beschäftigungswahrscheinlichkeit (unten) in Abhängigkeit von der vorherigen Arbeitsmarktanbindung. Die oberen Abbildungen zeigen den Effekt einer Inhaftierung auf die Wahrscheinlichkeit, im Zeitraum nach der Verurteilung für ein weiteres Delikt angeklagt zu werden, getrennt für Personen, die vor der Verurteilung beschäftigt (a) oder nicht beschäftigt (b) waren. Die unteren Abbildungen zeigen den Effekt auf die Beschäftigungswahrscheinlichkeit nach der Inhaftierung.**

Ein weiterer Bestandteil der Datenbasis sind Informationen zu den Richterinnen und Richtern, die die einzelnen Fälle bearbeitet haben. Diese umfassen Angaben zu ihrer individuellen Neigung, Freiheitsstrafen zu verhängen, basierend auf einer Analyse ihrer bisherigen Urteile. Diese Richterneigung wird in der Studie als zentrales Instrument zur Identifikation kausaler Effekte genutzt, wobei hier ein ähnliches methodisches Vorgehen wie bei der Studie zur häuslichen Gewalt gewählt wurde. Diese Daten zeigen deutliche Unterschiede in der Neigung der Richterinnen und Richter, Freiheitsstrafen zu verhängen. Einige Richterinnen und Richter sind strenger, andere bevorzugen mildere Urteile. Während im englischen Kontext die Verhaftungsneigung der Polizistinnen und Polizisten als Instrument verwendet wird, basiert der Ansatz in dieser Studie auf der Strenge der Richterinnen und Richter.

Die Zuweisung von Fällen zu Richterinnen und Richtern erfolgt in Norwegen de facto zufällig. Fälle, die zufällig von strengeren Richterinnen und Richtern bearbeitet werden, führen mit höherer Wahrscheinlichkeit zu einer Freiheitsstrafe, was es den Forscherinnen und Forschern erlaubt, die kausale Wirkung der Haftstrafe auf Rückfälligkeit und Beschäftigung zu isolieren, da sie Verzerrungen durch Unterschiede bei den Straftäterinnen und -tätern oder in der Schwere der Straftat eliminiert. Dies ist besonders wichtig, da schwerwiegendere Straftaten oder individuelle Eigenschaften wie soziale Verwundbarkeit die Rückfall- und Beschäftigungswahrscheinlichkeit unabhängig von der Inhaftierung beeinflussen könnten.

### **Ergebnisse der Untersuchung**

Die Studie zeigt, dass Inhaftierung eine signifikante präventive Wirkung auf die

Rückfälligkeit hat. Innerhalb von fünf Jahren nach der Haft reduzierte sich die Wahrscheinlichkeit, dass eine Straftäterin oder ein Straftäter erneut wegen einer Straftat angeklagt wird, um 29 Prozentpunkte. Dieser Effekt war mit über 40 Prozentpunkten besonders stark bei Ersttäterinnen und -tätern ohne vorherige Arbeitsmarktanbindung (siehe Abbildung 3, oben rechts, Seite 10). Für diese Gruppe scheint die Haftstrafe sowohl abschreckend zu wirken als auch durch Rehabilitationsprogramme eine neue Perspektive zu eröffnen.

Im Bereich der Beschäftigung zeigen sich differenzierte Ergebnisse. Während Straftäterinnen und -tätern ohne vorherige Arbeitsmarktanbindung durch die Inhaftierung langfristig bessere Chancen hatten, eine Arbeit zu finden (siehe Abbildung 3, unten rechts, Seite 10), wirkte sich die Haft negativ auf die Beschäftigungswahrscheinlichkeit von Straftäterinnen und -tätern aus, die vor ihrer Verurteilung bereits beruflich integriert waren (siehe Abbildung 3, unten links, Seite 10). Bei dieser Gruppe führte die Inhaftierung oft zu einem Verlust ihrer Arbeitsstelle und einer Stigmatisierung durch Arbeitgeber, was die Rückkehr in den Arbeitsmarkt erschwerte.

Die Studie zeigt, dass die Auswirkungen der Inhaftierung stark von der sozialen und beruflichen Ausgangssituation der Straftäterinnen und -tätern abhängen. Während die Inhaftierung für arbeitsmarktferne Täterinnen und Täter positive Effekte – geringere Rückfallwahrscheinlichkeit und höhere Beschäftigungsrate – hat, hatten beruflich integrierte Personen häufig negative Folgen zu tragen. Diese heterogenen Effekte unterstreichen die Bedeutung einer differenzierten Betrachtung von Strafmaßnahmen.

## CONCLUSIO: IMPLIKATIONEN FÜR ÖSTERREICH

Viele politisch relevante Fragen sind kausaler Natur. Ob es darum geht, die Wirkung von Sozialhilfereformen auf die Integration Geflüchteter zu bewerten, den Einfluss von Inhaftierungen auf Rückfälligkeit und Beschäftigung zu analysieren oder die Effektivität polizeilicher Maßnahmen zu beurteilen – all diese Fragestellungen können mit empirischen Methoden beantwortet werden. Die vorgestellten Studien zeigen, dass moderne empirische Ansätze in Verbindung mit verknüpften Registerdaten aus Verwaltungsprozessen eine besonders leistungsfähige Grundlage bieten, um solche Analysen durchzuführen. Zugleich ist zu beachten, dass sich die Ergebnisse stets auf den jeweiligen institutionellen und rechtlichen Kontext der untersuchten Fälle beziehen. Eine direkte Übertragung auf andere Länder oder Rahmenbedingungen ist daher nicht immer möglich und erfordert eine sorgfältige kontextuelle Einordnung.

Ein zentraler Aspekt dieser Studien ist die Verknüpfung von Daten aus verschiedenen Registern. Diese Verknüpfungen basieren auf pseudonymisierten Personenidentifikationsnummern, die es ermöglichen, Informationen zu Straftaten, Arbeitsmarktverläufen, Sozialhilfebezug oder anderen relevanten Bereichen auf individueller Ebene zu kombinieren, ohne die Privatsphäre der Betroffenen zu gefährden. Die Qualität der Ergebnisse hängt dabei entscheidend von der Genau-

igkeit der Daten ab. Beispielsweise war das genaue Einreisedatum der Geflüchteten in der dänischen Studie entscheidend, um kausale Effekte mit einem RDD korrekt identifizieren zu können.

Gleichzeitig müssen Datenschutzüberlegungen bei derartigen Analysen höchste Priorität haben. Die Nutzung hochsensitiver Daten wie Kriminalitätsregister oder individueller Einkommensverläufe erfordert strenge Schutzmaßnahmen, um die Privatsphäre der Betroffenen zu gewährleisten. Die vorgestellten Länderbeispiele zeigen, dass es erprobte Modelle gibt, die eine sichere Verwendung solcher Daten für wissenschaftliche Analysen ermöglichen. Dies schließt sowohl technische Maßnahmen zur Pseudonymisierung als auch institutionelle Regelungen ein, die den Zugriff auf Daten auf klar definierte Forschungszwecke beschränken.

Das FOG hat in Österreich bereits den rechtlichen Rahmen verbessert, um administrative Daten für wissenschaftliche Analysen nutzbar zu machen. Nun gilt es, diesen Rahmen konsequent zu nutzen und auszubauen, insbesondere durch eine bessere Verknüpfung von Registern. Die vorgestellten Beispiele zeigen, dass solche Analysen nicht nur machbar, sondern wesentlich sind, um politische Entscheidungen auf eine evidenzbasierte Grundlage zu stellen und auch in der Migrationspolitik und Kriminalitätsbekämpfung gute Anwendungsmöglichkeiten für derartige Ansätze bestehen.

### Quellenangaben

Amaral, Sofia et al. (2023). *Deterrence or Backlash? Arrests and the Dynamics of Domestic Violence*, NBER Working Paper No. 30855.

Bhuller, Manudeep et al. (2020). *Incarceration, Recidivism, and Employment*, *Journal of Political Economy*, 128 (4), 1269–1324.

Dustmann, Christian et al. (2023). *Refugee Benefit Cuts*, IZA Discussion Paper Series, No. 16077, Bonn.

Dustmann, Christian et al. (2024). *Refugee Benefit Cuts*, *American Economic Journal: Economic Policy*, 16 (2), 406–441.